

## Mehr Geld für den Kampf gegen den Hunger

Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2022 gehen in die entscheidende Phase

**Berlin, 13. Mai 2022. Angesichts der explodierenden Preise für Lebensmittel und Energie weltweit warnt Brot für die Welt vor einem massiven Anstieg der Zahl der Hungernden. Allein in Ostafrika sind aktuell rund 20 Millionen Menschen aufgrund der Dürre von akutem Hunger bedroht. Der rasante Preisanstieg infolge des Ukraine-Kriegs verschärft die Situation. „Wenn die internationale Gemeinschaft nicht gegensteuert, kommt es zu Hungersnöten enormen Ausmaßes“, sagt Dagmar Pruin, die Präsidentin von Brot für die Welt. „Deutschland muss jetzt seiner Verantwortung gerecht werden. Ein Einfrieren des Entwicklungsetats in der globalen Ernährungskrise wäre fatal.“ Brot für die Welt fordert, die Haushaltstitel für den Kampf gegen den Hunger in den Etats des Entwicklungs- und des Landwirtschaftsministeriums sowie im Budget des Auswärtigen Amtes um insgesamt 2,7 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr anzuheben.**

Schon jetzt müssen in den Notaufnahmelagern des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen und vieler Hilfsorganisationen die ohnehin kärglichen Essensrationen gekürzt werden, weil schlicht das Geld fehlt, um genügend Nahrungsmittel zu beschaffen. Besonders prekär ist die Situation am Horn von Afrika und in einigen Ländern Südasiens sowie in Afghanistan und im Jemen.

Trotzdem hatte die Bundesregierung zunächst geplant, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zu kürzen. Mit dem Ergänzungshaushalt wurden zwar die Kürzungen wieder zurückgenommen, aber unterm Strich stehen für den Kampf gegen den Hunger nicht mehr Mittel zur Verfügung als im Vorjahr. „Die Stagnation des Entwicklungsetats darf nicht die Antwort auf eine der größten Ernährungskrisen der letzten Jahrzehnte sein“, erklärt Dagmar Pruin. „Wir appellieren an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.“

Neben mehr Geld für die rasche Nothilfe sind mehr Mittel zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Fischerei notwendig, um Länder im Globalen Süden unabhängiger von Lebensmittelimporten zu machen. Auch braucht es mehr Investitionen in den Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme, damit nicht mehr so viele Menschen nach Einkommensverlusten in existenzbedrohenden Hunger fallen.

Mit Blick auf das vom Entwicklungsministerium initiierte „Globale Bündnis für Ernährungssicherheit“, das die Bundesregierung auf dem G7-Gipfeltreffen Ende Juni in Elmau aus der Taufe heben will, sagt Pruin: „Die Bundesregierung sollte nicht nur mit der Weltbank kooperieren, sondern vor allem dem Komitee für Ernährungssicherheit (CFS) unter dem Dach der Welternährungsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen eine Führungsrolle geben.“ Der Vorteil: Hier säßen auch die Betroffenen wie etwa die Organisationen der kleinbäuerlichen Familienbetriebe mit am Tisch.

### Pressekontakt:

Renate Vacker, 030 65211 1833, [renate.vacker@brot-fuer-die-welt.de](mailto:renate.vacker@brot-fuer-die-welt.de)

Pressesprecherin  
Renate Vacker

Tel 030 65211 1833  
Fax 030 65211 3833

[renate.vacker@brot-fuer-die-welt.de](mailto:renate.vacker@brot-fuer-die-welt.de)

---

Evangelisches Werk  
für Diakonie und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

---

Bank für Kirche und Diakonie  
IBAN DE10100610060500500500  
BIC GENODED1KDB

---

Mitglied der  
**actalliance**